

- 325 - Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Er erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
 Vierteljährlicher Abonnementspreis durch die
 Post bezogen und abgeholt vom Postamt 0,86 Mk.;
 bei freier Bestellung durch den Briefträger
 ins Haus 18 Pf. mehr.
 Alle Postanschriften nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
 unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
 vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
 (Erich Zander).
 Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
 Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf.,
 Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
 Redaktion und Expedition:
 Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
 Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 48.

Berlin, Sonnabend, 13. Oktober 1906.

Achtunddreißigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Stimmzetteln! — Der neue Buchdruckerart. —
 Die englischen Gewerkevereine und die Sozialdemokratie. —
 Hilfe für Arbeitslose. — Allgemeine Rundschau. — Gewerke-
 vereinstell. — Verbandsstell. — Angelegenheit. — Literatur.

Stimmzetteln!

Die Reichsregierung rührt sich nicht. Der
 preussische Landwirtschaftsminister bleibt kalt. Die
 maßlose, unerhörte Festschneuerung bringt keine Un-
 ruhe in die Herrschaften, während im Volke die
 Unzufriedenheit immer weiter wächst. In den
 agrarischen Blättern werden noch Ratsschläge er-
 teilt, wie man auch die anderen unentbehrlichen
 Nahrungsmittel weiter in die Preise steigern kann.
 Das von uns in voriger Nummer angeführte Bei-
 spiel, betreffend die Kartoffelpreise, spricht Bände.
 Auf dem nationalliberalen Parteitag in Goslar
 rühmte sich ein Redner noch damit, wie sehr die
 von seiner Partei unterstützte Sozialpolitik wirke und
 jetzt eitel Lust und Bäume unter den Agrariern
 herrsche, da die Preise für landwirtschaftliche
 Produkte, Fleisch, Milch usw. immer weiter stiegen.
 Im vorigen Jahre noch spottete das Organ des
 Bundes der Landwirte über den „Fleischnotrummel“.
 Nur die Arbeiter wären schuld, die zuviel
 Fleisch haben wollten. Früher habe Fleisch
 nicht zu den täglichen Erfrischungen auf dem Tisch
 des Arbeiters gehört.

„Da trübsüchte der Arbeiter nicht Getreide und Ephe-
 beine und verlangte nicht ein Dugend Sorten Wurst auf
 dem Tisch des Büblers von heute. Der Arbeiter der
 Großstadt, er es Schwarzbröt mit Schmalz oder Weißbrot
 Speck“.

So das Agrarier-Organ. Brot, Schmalz und
 Speck sind aber auch in die Preise gestiegen, so daß
 auch daran Mangel in vielen Arbeiterfamilien
 herrscht.

Im 2. Quartal 1906 wurden in Deutschland
 650 000 Schweine weniger konsumiert als im
 gleichen Quartal des Jahres 1904. Die Be-
 völkerung aber ist inzwischen um mehr als
 1 1/2 Millionen Menschen gewachsen. Auch in den
 meisten anderen Fleischsorten ist ein erheblicher
 Konsumrückgang zu verzeichnen. In keinem
 Lande der Welt sind die Fleischpreise so
 hoch wie in unserem unter agrarischer
 Herrschaft stehenden industriellen Deutsch-
 land. Ein Bild in die Statistik läßt das sofort
 erkennen. Ein Pfund Rindfleisch kostete in
 deutschem Gelde in:

Holland . . . 68 Pf.	Belgien . . . 56 Pf.
Frankreich . . 52 .	Italien . . . 60 .
Spanien . . . 55 .	England 48—55 .
Norwegen, Schweden und Dänemark . . . 40 .	
Rußland . . . 38 Pf.	Finnland . . . 44 .
Nordamerika 42 .	S. Amer. (Chile) 41 .
Mexiko . . . 30 .	

In Deutschland kostet 1 Pfund Rindfleisch
 mittlerer Qualität 80 Pf., während die besseren
 Qualitäten 1 Mk. kosten. Nach der amtlichen
 statistischen Korrespondenz betrug die Zunahme
 der Fleischsteuerung seit 1901 für 1 kg Rindfleisch
 von der Rente 29 Pf., Rindfleisch vom Bauche
 25 Pf., Schweinefleisch 32 Pf., Kalbfleisch 34 Pf.,
 Hammelfleisch 34 Pf.

In England und Amerika zahlen die Arbeiter
 nur halb so hohe Preise für Fleisch, verdienen aber
 doppelt oder noch mehr solches Geld. Die ver-
 antwortlichen Männer der Regierung haben
 eine ungeheure Verantwortung auf sich be-

durch, daß sie diesen unerträglichen Zuständen
 gegenüber keine Hand rühren!

Das deutsche Volk muß von der Reichsregie-
 rung und den Staatsverwaltungen energisch ein
 Einschreiten fordern, da dieser Zustand dringend
 einer Abänderung bedarf. Schiefelweise wird
 den Agrariern das Geld zugestrichen, während die
 Arbeiter um kleine Lohn erhöhungen oft wochen-
 lange harte Kämpfe führen müssen. Viele der
 Streiks würden gar nicht vorkommen, wenn die
 Arbeiter noch in der Lage wären, die für ihren
 Kraftverbrauch notwendige Aufnahme von nahr-
 haften Lebensmitteln zu bezahlen, und bis hinauf
 in den Mittelstand und in die Beamtenkreise wächst
 die Empörung von Tag zu Tag über die Be-
 reicherung der Agrarier auf Kosten des arbeitenden
 Volkes.

Fürst Bilkow ist nach Berlin zurückgekehrt.
 Wird nun endlich etwas geschehen? Höchst Zeit
 ist es!

Der neue Buchdruckerart.

Im „Korrespondenz“ der Buchdrucker sind nun
 endlich die Abschlüsse, die das Ergebnis der Tarif-
 verhandlungen sind, veröffentlicht worden. Die Be-
 stimmung, daß die nicht dem Buchdruckerverbände an-
 gehörenden, aber doch organisierten Gehilfen von der
 Tarifgemeinschaft ausgeschlossen bleiben sollen, wird
 dadurch nicht bühlig beseitigt. Die hauptsächlich in
 Frage kommenden Stellen des § 4 des Tarifvertrages
 lauten nämlich:

Der Tarifvertrag verpflichtet:
 a) die Mitglieder des „Deutschen Buch-
 druckervereins“, nur solche Gehilfen ein-
 zustellen, die dem Verbande der Deutschen
 Buchdrucker“ angehören.

Dann allerdings besagt ein weiterer Absatz
 dieses § 4:

Der vereinbarte Vertrag läßt für die Zukunft offen,
 daß auch andere organisierte, für die Tarif-
 gemeinschaft nicht erscheinende Vereinigungen in die
 Vertragsgemeinschaft aufgenommen werden können,
 sofern sie den Tendenzen des gedachten Vertrages ent-
 sprechen. Ueber eine eventuelle Aufnahme
 derartiger Vereine entscheidet das Tarif-
 amt.

Diese Bestimmungen sind so gehalten, daß man
 mit ziemlicher Deutlichkeit herauslesen kann: Man
 will andersorganisierte nicht anerkennen und sie so
 indirekt zwingen, dem Buchdruckerverbände beizutreten.
 Fürwahr, ein vorzügliches Agitationsmittel für den
 Verband, wenn man lediglich den äußeren Erfolg
 ins Auge faßt, die moralische Seite aber ganz außer
 acht läßt. Denn der § 4 des Tarifvertrages be-
 deutet den Koalitionszwang in seiner schärfsten
 Form, und so entschiedene Vorkämpfer der Ko-
 alitionsfreiheit die Deutschen Gewerkevereine zu
 jeder Zeit gewesen sind, so energisch werden sie den
 Koalitionszwang bekämpfen, gleichviel gegen wen
 er in Anwendung kommt.

Sollte die Bezeichnung „wichtig erscheinende
 Vereinigungen“ vom Tarifamt so ausgelegt werden,
 daß die Organisationen, welche volle Gewähr für die
 Beobachtung der Tarifbestimmungen bieten, wie
 z. B. der Verband der Deutschen Gewerkevereine u. d.
 sein Gewerkeverein der großhiesigen Berufs, nicht dazu
 gehören, dann würden wir die entsprechenden Maß-
 nahmen zu treffen wissen. Von einer Unterstützung
 der Tarifgemeinschaft im Buchdruckerergewerbe kann
 dann nicht mehr die Rede sein, ebenso wie die öffent-
 liche Meinung sich von ihr abwenden wird. Dadurch
 aber wird den Gegnern der Tarifverträge überhaupt
 nur Wasser auf die Mühlen geführt und der Weg
 zum sozialen Frieden erschwert. Wir nehmen nicht
 an, daß dies die Absicht der vertragschließenden Par-
 teien war, und hoffen deshalb, daß man in durchaus
 loyaler Weise auch den übrigen Organisationen — selbst-

verständlich nur, soweit sie sich auf den Boden des
 Tarifvertrages stellen — den Beitritt zur Tarifge-
 meinschaft gewährt.

Ueberaus charakteristisch ist es, wie der „Vor-
 wärts“ jetzt zu dem Buchdruckerart. Stellung nimmt.
 In Grunde seines Herzens verwirft er ihn ganz
 entschieden. Nach ihm sind solche Verträge überhaupt
 nur da möglich, „wo man an die romantische
 Idee des sozialen Friedens, an die gemein-
 samen Interessen von Unternehmern und
 Arbeiterschaft als ein Evangelium glaubt“. Freilich
 dem sozialdemokratischen Parteinteresse wird
 mit derartigen Verträgen nicht gebiet, weshalb denn
 auch gewissenhaft alle diejenigen Punkte herausge-
 sucht werden, die geeignet sind, den neuen Tarif bei
 den Gehilfen zu diskreditieren. Vielleicht gelingt es auf
 diese Weise, das stolze Tarifgebäude doch noch zu
 Falle zu bringen.

Geradezu komisch aber wirkt es, wie der „Vor-
 wärts“ über den Organisationszwang urteilt,
 dem er fast eine ganze Spalte widmet. Von dem
 Zwang, der sich gegen die andersorganisierten Buch-
 druckergehilfen richtet, ist nicht mit einem Sterbens-
 wörtchen die Rede. Den billigt das sozialdemo-
 kratische Zentralorgan selbstverständlich stillschweigend.
 Ebenso entschieden aber wendet es sich gegen den
 Organisationszwang der Buchdruckerprinzipale,
 der in dem angezogenen § 4 ebenfalls ausgesprochen
 wird. Und warum? Weil man doch unmöglich
 dazu beitragen darf, die Organisation der Unter-
 nehmer zu stärken, was die logische Folge jenes
 Zwanges sein müßte. Dann aber kommt das Ori-
 ginalhe. Der „Vorwärts“ sagt nämlich:

„Mehrere Gewerkschaften haben eigene Drucker-
 reien. — Der Verband Deutscher Buchdrucker wird ihre
 Betriebe sperren, wenn ihre Leiter nicht dem
 Unternehmerversand beitreten!“
 Hunderte von Buchdruckern, vielleicht schon Tausende
 arbeiten in Parteidruckereien. Hat man auch
 diesen zu, die Organisation der Unternehmer verstärken zu
 helfen? Oder wenn man sie nun sperren, die dort be-
 schäftigten Verbandmitglieder ausfindigen wollte? Es
 gibt doch Buchdrucker, die nebenher auch noch Partei-
 gehilfen sind! Werden diese ruhig zusehen, wenn ihre
 Parteilöhne nicht erscheinen sollen? Wir glauben es
 nicht. Nicht einen Tag wird die Partipresse ihr Ge-
 schick ansehen! Dann hat man den Kampf in der
 Gehilfenschaft!“

Also beileibe die sozialdemokratischen und
 gewerkschaftlichen Arbeitgeber nicht zwingen,
 in die Prinzipalvereinigung einzutreten! Einen der-
 artigen Gewissenszwang darf man sich nicht zu-
 schulden kommen lassen. Doch aber das, was den
 sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Unter-
 nehmern recht ist, auch den andersorganisierten
 Gehilfen billig sein muß, kommt dem für Freiheit,
 Gleichheit und Brüderlichkeit kämpfenden Blatte nicht
 in den Sinn. Nicht ein Wort der Berurteilung ist
 darüber zu finden.

Für den „Korrespondenz“ der Buchdrucker hat
 der „Vorwärts“ nur Spott und Hohn übrig. Wie
 sollte das auch anders sein gegenüber einem Organ,
 das von der Tarifgemeinschaft meint, daß sie zum
 Bannvertrager einer gewerblichen Friedensblatte würde,
 immer mehr den einigenden Momenten den Vorrang
 sicherte und aus einer Politik des Wasserküßlens
 eine Politik der Verständigung machte! Dem „Vor-
 wärts“ ist der Klassenkampf die Hauptsache. Ihn
 kümmert der gewerbliche Friede nicht, die Erreichung
 politischer Zwecke ist ihm alles. Will sich der Ver-
 band der deutschen Buchdrucker dazu nicht misbrauchen
 lassen, so hat er das selbst in seiner Hand. Und daß er
 einzig und allein das Wohl seiner Mitglieder und die
 Wohlfahrt des Buchdruckerverbandes im Auge hat,
 das kann er am besten beweisen, wenn er den andern
 Organisationen, die auf dem Boden des Tarifs stehen,
 den Zutritt in die Tarifgemeinschaft gewährt.

hatte sich aus Solidaritätsgefühl geweigert, die Ladung zu löfen. Darauf wurde sie von der Leitung ihres Gewerkschaftsunternehmens auf die landesgesetzlichen Strafen gezwungen, die Lösung unverzüglich vorzunehmen. Das haben die Schiffleute dann auch getan; sie sind aber trotzdem nach Rückkehr vor Gericht gestellt und mit recht erheblichen Strafen belegt worden, weil sie nach der Merchant Shipping Act (Handelschiffahrtsgesetz) jede Arbeit im Interesse des Schiffes zu verrichten hätten. Das ist jedenfalls eine ganz unbegriffliche Auslegung des Gesetzes.

Gewerkschafts-Teil.

Kaberg. Im Deutschen Haus hielt der Ortsverband am 22. September eine gut besuchte Versammlung ab, welche sich nach Eröffnung derselben durch den Vorsitzenden Jakob Junack mit der diesjährigen Stadtwahl befasste. Kollege Rothke trat für die Beteiligung an der Stadtverordnetenwahl ein. Das Referat über die Diskussionen ließen erkennen, daß ein guter, sozialistischer Geist unter den Gewerkschaften herrsche. Von einem Zusammengehen mit den Gewerkschaften wurde Abstand genommen, da diese sich brutal und lässig gegen unsere Organisation benommen haben. Auf Antrag des Kollegen Walter soll die kombinierte Ortsabteilung sich darüber beschäftigen, ob die Gewerkschaften auf eigene Hand vorgehen. Vom Ausbreitungsverband war Kollege Bräutigam erschienen, der über den sozialen Kursus referierte, den der Ausbreitungsverband vom 27. Dezember bis 4. Januar zu veranstalten gedankt. Einige tüchtige Kollegen des Ortsverbandes werden sich an dem Kursus beteiligen. Die vom Zentralrat eingesandte Sammelkarte für die Kollegen auf dem Hüttenwerk „Rohle Erde“ wurde beifällig aufgenommen. Das Verhalten der Hoffleitung von „Rohle Erde“ wurde einer scharfen Kritik unterzogen. Es wurde beschlossen 20 Mk. an den Zentralrat abzusenden. Unser Gesandter an den Zentralrat, zu der letzten öffentlichen Gewerkschaftsversammlung einen tüchtigen Redner zu finden, war unerfüllt geblieben. Es wurde daher in einer Resolution energisch protestiert gegen das bisherige Verhalten des Zentralrats gegenüber den einzelnen Ortsverbänden im Königreich Sachsen, bezüglich eines Redners in gemeinsamer Versammlung. Darin liege eine Zurücksetzung und Herabwürdigung der Ortsverbände, welche in der letzten bewegten Zeit der Gewerkschaften gerade großen Schaden bringen.

Rudolf Kreibitz, Ortsverbandschriftführer.
Anmerkung der Redaktion. Der Vorwurf gegen den Zentralrat scheint uns doch ganz unberechtigt zu sein. Nachher ist wiederholt von Rednern des Zentralrats bestritten worden. Bräutigam ist es auch einfach unmöglich, vom Zentralrat Redner für die vielen von Gegnern einberufenen Versammlungen zu finden. Die Resolution fällt schon aus diesem Grunde in sich zusammen, ganz abgesehen davon, daß schon die Kollegialität unsere Kabberger Verbändgenossen hätte ablehnen sollen, dem Zentralrat „faules Verhalten“ vorzuwerfen.

Verbands-Teil.

Norddeutscher Ausbreitungsverband.
Protokoll der Sitzung vom 18. September 1906. Abgehalten im Lokal Engelke, Elettin, Schiffstr. 9. Entschuldig fehlten die Kollegen Kujlenkamp und Frau Kujlenkamp, unentschuldig fehlte Kollege Franke. Als Gast ist Frau Piesker anwesend. Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 8 1/2 Uhr abends. 1. Besammlungsberichte. Kollege Rohde berichtet über seinen Besuch im D.-B. der Maschinenbauer Erdbow. Die Versammlung war gut besucht. Über verschiedene innere Angelegenheiten herrschte eine lebhaftige Debatte. Die Anregungen für den Ausbreitungsverband fanden gute Aufnahme. Ferner berichtet Rohde über das Stiftungsfest des D.-B. der Zähler in Elettin. Der Besuch war schwach. Kollege Gallies berichtet über eine Einladung und seinen Besuch des D.-B. der Maschinenbauer Brülow. Kollege Kuno berichtet über eine Agitationsangelegenheit in B., nähere Einzelheiten berichtet Kuno über die in der vergangenen Sitzung dem Ortsverband überreichten Agitationsblätter. Gallies berichtet über die letzte kombinierte Maschinenbauerversammlung. Die Angriffe in diesen Versammlungen auf unseren Ausbreitungsverband sollen in der Zukunft ganz energisch juristisch werden. Mäßig wird betont, daß wir fortan unseren eigenen getrennten Weg gehen werden. 2. Agitationsangelegenheit. Rohde referiert zur Lösung des D.-B. der Frauen und Mädchen Elettin eine bessere Agitation zu entfalten. Nach einer regen Aussprache wird beschlossen, am 30. September eine Versammlung abzuhalten, in der die Generalstreiklerin Frau Brennschuh-Berlin das Referat übernehmen soll. Von einer Einladung des Ortsverbandsbureaus Elettin wird Kenntnis genommen.

Nach Aussprache einiger sehr wichtiger Agitationsangelegenheiten folgt Schluß der Sitzung um 11 Uhr abends. R. Piesker, Schriftführer.

Protokoll der außerordentlichen Sitzung vom 27. September 1906. Entschuldig fehlten die Kollegen Kollege Schmidt und Frau Piesker, unentschuldig Franke. Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 9 Uhr abends. Ortsverein Rauh stellt den Antrag um einen Referenten zum 30. September. Beschlossen wird, die Orte Breitzsch und Straußbach gleich mitzubedenken. Der Schriftführer wird mit der Aufstellung beauftragt. Eine Karte des Kollegen Grotzsch-Bismarck wird zur Kenntnis genommen. Beschlüsse der Frauengewerkschaftsversammlung zum 30. September werden die notwendigen Agitationsarbeiten betreffen. Schreiben von Kollegen Ding-Dyorn und Maschinenbauer Erdbow werden zur Kenntnis genommen. Nach einigen geschäftlichen und Agitationsangelegenheiten folgt Schluß der Sitzung um 10 1/4 Uhr abends. R. Piesker, Schriftführer.

Versammlungen.

Berlin. Disziplinrat der Deutschen Gewerkschaften (S.-D.). Sitzung jeden Mittwoch, ab 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr im Verbandsbureau der Deutschen Gewerkschaften, NO., Weißwalderstraße 221/223. Gäste willkommen.

Sängerchor der Deutschen Gewerkschaften (S.-D.). Jeden Donnerstag, abends 9-11 Uhr, Übungsstunde im Verbandsbureau der Deutschen Gewerkschaften (Weiner Gasse) 8 1/2 Uhr beiläufig willkommen. — Sonnenabnd, 13. Oktober. Maschinenbau- u. Metallarbeiter VII. Ab. 8-9 Uhr. Juchabnd, 14. Okt. 9 1/2 Uhr. Bei der Otto Schumann, Reichswalderstr. 14-16. L.-O. dort. Regulatorporto. — Maschinenbau- u. Metallarbeiter VIII. Ab. 8 Uhr. Stiftungsfest im Verbandsbureau. — Maschinenbau- u. Metallarbeiter XII. Ab. 8 1/2 Uhr. Bei der Pätzsch, Brunnstraße 41. L.-O.: Monatsbericht. Vortrag des Verbandsleiters Kollege R. Klein. Aufstellung über Erhöhung der Beiträge. Am 27. u. 28. Vortrag des Kollege Rohde über: „Carl Marx und seine Theorie“. — Maschinenbau- u. Metallarbeiter V. Rauh, 15. Oktober, abds. 8 Uhr. Rottbuisstr. 4, Juchabnd. — Hamburger Frauen-Verein vom 1888. S. M. Sonnenabnd, 13. Oktober, abds. 8 Uhr, in Gossens Geschäftshaus, Schwanenbrücke 14, außerordentliche Generalversammlung.

Orts- und Bezirksverbände.

Gerne (Ortsverband). Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, nachm. von 4-5 1/2 Uhr, im Hause des Herrn W. Schulze-Rattler, Döbischstr. 10. — Sonnenabnd und Sonnabend (Ortsverband). Die Versammlungen der Ortsverbands-Beiräte finden jeden Dienstag abds. 9 Uhr im Verbandslokal „Königsstuhl“, Rühlstr. 12, statt. — Wachsen (Bezirksverband). Jeden Sonnenabnd 9 Uhr Sitzung bei Valbert, „Zägerhof“. — Dessau-Mühlitz-Magden (Ortsverband). Sonnenabnd, 13. Oktober, 8 1/2 Uhr abds. im „Hofen“ in Dessau. Disziplinrat. Sonntag, 14. Oktober, nachm. 4 Uhr, bei der in Roslau im „Gehringen“. U. a. Vortrag des Kollege Begler-Magden. — Harzewalde (Ortsverband). Sonnenabnd, 13. Oktober, ab. 8 Uhr, bei Bremer, Eisenbahnstr. 44. L.-O.: Wahl von 2 Ortsverbandsreferenten. Vortrag des Kollegen Rauh über Ortsverbandsleiterschaft. — Chemnitz (Bezirksverband). Sonntag, 14. Oktober, nachm. 2 Uhr, im Hotel National in Chemnitz. L.-O.: Protokoll. Referent: Bericht von Herrn Delegierten in Dresden. Wünsche und Anregungen. Freie Diskussion. — Krefeld (Ortsverband). Sonntag, 14. Oktober, abds. 6 Uhr, in Krefeld bei Pommers, Rühlstr. 103, kombinierte Sitzung sämtlicher Ausschüsse und Ortsverbandsreferenten. L.-O.: Unsere Reden an der Gewerbegerichtswohl. Bericht vom Ortsverbandsreferenten. Unsere weiteren Aufgaben. Beschlüsse. — 11. Oktober, nachm. 4 Uhr, bei Wirt Rortmann, auf dem Weg bei Rortmanns Ortsverbandsversammlung. 5 Uhr Vortrag des Referenten W. Bongers aus Hagen.

Wendungen gegen Organisationsunwesen.
Berlin (Frauen und Mädchen). Aufseher Rosenarth, General-Bezirksrat, Berlin NO. 13, Rauhstraße 22. — Wieslitz (Ortsverband). Frau Heintz, Rauhstr. 23. — Wittenberg (Ortsverband). Frau Koppelt, Sonnenabnd, Grünstr. 31. Hermann Zimmermann, Schriftführer, W. Rühlstr. 20.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Das „**Oberschlesische Tageblatt**“
offizielles Organ des Ortsverbandes der Deutschen Gewerkschaften (S.-D.) von Kattowitz und Umgegend
ist die einzige Zeitung Oberschlesiens, die sich die Gewerkschaftsfrage, noch dazu in eigener Rubrik, angelegen sein läßt.
Alle Postämter nehmen auf das 7 Mal wöchentlich erscheinende „Oberschlesische Tageblatt“ Bestellungen entgegen.
Abonnementspreis monatlich 75 Pfg.

Verbandsbureau der Deutschen Gewerkschaften
Kattowitz, NO., Weißwalderstr. 221/23.
Treffpunkt aller Gewerkschafts-Kollegen an den Abenden und am jedem Sonntag. Brächtige Festliche, große Restauration mit vorzüglicher Küche, vier Regelmäßig. Nach den Anforderungen der Regel entsprechend eingerichtet. Zur Abhaltung von Versammlungen, Sitzungen, Vorträgen, Vorträgen jeder Art allen Ortsvereinen und Mitgliedern bestens empfohlen, wobei zum Besuch freimüßig ein Carl Berndt, Detonum.

Vom Verbandsbureau gegen Einfindung von 1,50 Mk. zu beziehen:
Die reichsgesetzliche Arbeiterversicherung
(Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung).
Nach dem neuesten Stande der Gesetzgebung und Rechtsprechung bearbeitet von Ernst Junke und Walter Herzig, Kaiserlichen Experten-Schreibern im Reichsversicherungsamt. Das Buch sollte als Ratgeber in seinem Ortsverein sein.
Einsendungen an: R. Klein, Verbandssekretär, Berlin N.O. 55, Weißwalderstr. 221/23.

Gamm in Bismarck (Ortsverb.). Durchgehende Mitglieder erhalten 1 Mk. Unterführung beim Verbandskassierer Carl Bepert in Gamm, Gammstraße 62.
Weschnitz a. S. (Ortsverb.). Durchgehende Mitglieder erhalten Abendrot, Radfahrer, früh Kaffee. Karten bei G. Sticker, Radfahrerstraße 28.
Hederbunde u. Umgegend (Ortsverband). Durchgehende Verbandskollegen erhalten eine Reiseunterführung von 50 Pfennig. Karten beim Verbandskassierer Otto Gansow, Gausstr. 7.
Zorn. Durchgehende erhalten Abendrot, Radfahrer, früh Kaffee beim Verbandskassierer E. Rosalowski, Zorn, Hellwegstr. 79.

Verbandsbureau der Deutschen Gewerkschaften.
Durch unser Bureau sind folgende Schriften zu beziehen:
Schrift zum 70. Geburtstag des Kaisers von Karl Gahn und Karl Goldschmidt. Preis 10 Pfg.
Zeitschrift zum Gewerbegerichtsgesetz von Dr. Max Hirsch. Preis 20 Pfg.
Ergänzung zum Unfallversicherungsgesetz von Karl Goldschmidt. Preis 20 Pfg.
Der gesetzliche Arbeiterschutz im Deutschen Reich von Dr. Max Hirsch. Preis 30 Pfg.
Fragebogen zum Invalidenversicherungsgesetz von Karl Goldschmidt. Preis 30 Pfg.
Kupferdruckbild des Verbandsbureaus Dr. Max Hirsch 160x280 mm. Preis 50 Pfg.
Die Arbeiterfrage und die Deutschen Gewerkschaften. — Schrift zum 25-jährigen Jubiläum der Deutschen Gewerkschaften (Hirsch-Dunder) von Dr. Max Hirsch. Preis 1 Mark.
Vollständiger Führer von Dr. G. S. H. u. G. Preis 80 Pfg.
Arbeiterschutz in der Heimarbeit. 2 Hefen von Dr. Winter-Berlin und H. Berndt-Dresden. Gratis.
Die Einführung von Arbeitskammern in Deutschland. 2 Hefen von Karl Goldschmidt-Berlin und Johann Dorndörff-Bromberg. Gratis.
Kartenvorträge und Koalitionsfreiheit. 2 Hefen von Karl Gahn-Burg und J. D. Käfer-Nürnberg. Gratis.
Arbeiterschutz, insbesondere Maximalarbeitszeit, vom Standpunkte der Deutschen Gewerkschaften von Dr. Max Hirsch. Preis 20 Pfg.
Kämpfe um Autonomie, Rente und Beschwerdeschriften im Angelegenheit der Arbeiterversicherung (Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung). Preis 60 Pfg.
Nach alle anderen vollständigen Schriften und Bücher, wie auch Bilder und Schriften jeder anderen Art für die Gewerkschaften, sind zum Einkaufspreise durch das Verbandsbureau zu beziehen.
Einsendungen sind immer zu richten an den Verbandssekretär Rudolf Klein, Berlin N.O. 55, Weißwalderstr. 221/23.
Das Bureau des Zentralrats, Rudolf Klein.

eine Lohnzulage von 3 Pfg. pro Stunde und eine 10prozentige Erhöhung der Abfordrüge. Ein Teil der Unternehmer hat die Angelegenheit der herrschenden Teuerungsvorhältnisse gemäß bestehenden Forderungen bewilligt. — In Braunschweig hat dieser Tage eine Konferenz von Vertretern der Zuleiter der Arbeiter tagung, die beschloß, für die wöchentliche Lohnzulage und die Einführung des neunstündigen Arbeitstages einzutreten. — Der Streik der Textilarbeiter in Gurlitzchen ist nach etwa dreimonatlicher Dauer beendet. Der Erfolg der Arbeiter ist leider nicht sehr bedeutend. — Eine lebhafteste Streikbewegung macht sich zurzeit in Frankreich bemerkbar. In Lille haben die Schriftsetzer wegen Ablehnung einer 10prozentigen Lohnerhöhung die Arbeit eingestellt. In La Rochelle sind die Hafenarbeiter in den Streik getreten. Auch die Postangestellten trübten sich und forderten in Paris in einer Stärke von 3000 Mann auch für die Wohlfahrt des wöchentlichen Arbeitstages. — Am nächsten Sonntag finden in Mährisch-Bräun Bergarbeiterversammlungen statt, in denen der Streik beschlossen werden soll, wenn die Bergwerksbesitzer die Forderungen der Arbeiter nicht völlig bewilligt haben. — In Burlington (Canada) sind die Sägemühlensarbeiter in den Ausstand getreten. Es ist zu Zusammenstoßen mit der Polizei gekommen, wobei zahlreiche Streikende getötet oder verwundet wurden. — 2900 Bäckergehilfen stellten am Donnerstag in Budapest die Arbeit ein. Um die Bevölkerung vor Brotmangel zu schützen, wird die Liste der Militärbehörden in Anspruch genommen.

Auch von seinen Gegnern kann man manches lernen. In einem Kurzur zur Organisation erwähnt der sozialdemokratische Parteivorstand die „Genossen“, daß keine von der Partei einberufene öffentliche Versammlung stattfinden, in der nicht an alle Besucher in der Form von gedruckten Handzetteln die Einladung ergeht, der Parteiorganisation beizutreten und das Parteiorgan zu abonnieren. ... Es versteht sich von selbst, daß daneben die Agitation in Haus, Werkstatt und Fabrik, auf Bänken und Bierpöhlen energisch betrieben werden muß.

Man sehe für das Wort „Partei“ überall das Wort „Gewerkschaft“, und das Besagte gilt auch für unsere Organisation. Gerade jetzt, wo mit dem Beginn der kälteren Jahreszeit auch das Vereinsleben wieder härter pulsiert, muß mit einer energischen und andauernden Arbeit eingeleitet werden. Nur wenn jeder Verbandsgenosse in vollstem Maße seine Schlußfähigkeit hat, kann und wird es uns gelingen, den Deutschen Gewerkschaften diejenige achtsame, gebührende Stellung in der Arbeiterbewegung zu erlangen, die ihnen nach ihrer Wichtigkeit und ihrer gesunden Grundgesetze zukommt.

Sozialdemokratische Ausbreiter. Es ist ein offenes Geheimnis, daß die unter sozialdemokratischer Leitung stehenden Konsumvereine die schlechtesten Arbeiter sind. Was Arbeitszeit wie auch Arbeitslohnverhältnisse betrifft, können sie es getrost mit dem „proletarischen Kapitalisten“ aufnehmen. Diese Tatsachen sind auch den „Genossen“ bekannt, weshalb auf dem Stettiner Genossenschaftstage des sozialdemokratischen Zentralverbandes deutscher Konsumvereine ein Tarifvertrag mit dem Handels- und Transportarbeiterverbande abgeschlossen wurde, um wenigstens dieser Kategorie einigermaßen anständige Arbeitsbedingungen zu gewährleisten. Mit dem Lagerhalterpersonal wird insofern ruhig weiter einig über die Gehälter. Der Konsumverein zu Rottbus hat jetzt das Gehalt der Lagerhalterinnen von 75 auf 60 Mk. und das Gehalt für die Lehrlinge von 25 auf 15 Mk. monatlich herabgesetzt, mit der Begründung, daß der Verein sonst nicht bestehen könne.

Das hätte einmal ein Privatunternehmer sagen sollen! Wie wäre wohl die sozialdemokratische Forderung über ihn hergefallen! Gerade zu einer Zeit, wo alle Lebensmittel und Bekleidungsgegenstände teurer werden, da wird man in dem sozialdemokratischen Mutterbetriebe den armen Wädchen noch das Gehalt! Daß der Verein sonst zugrunde gehen würde, ist sicherlich nur eine Ausrede; nur die Dividenden werden vielleicht etwas niedriger. Und wenn der Verein bei Fortzahlung der alten Gehälter nicht bestehen kann, nun, so möge er zum Teufel gehen. Ein Konsumverein, der sich nur halten kann, wenn er seine Angestellten im wahren Sinne des Wortes ausbeutet, der hat keine Existenzberechtigung.

Die freie Meinungsäußerung und der „Vorwärts“. Frau Lily Braun, selbst eine Fortkämpferin der sozialdemokratischen Frauenbewegung, liebt es seit einiger Zeit, ihre eigenen Wege zu gehen. An der Wannheimer Konferenz hatte sie allerlei auszusprechen und ging deshalb mit den „roten“ Damen ziemlich klar ins Gericht. „Fugs guff der „Vorwärts“ ein, dem es natürlich auf eine handvoll Verdrehungen und Entstellungen bei solcher Gelegenheit nicht an-

kommt. Indessen Frau Braun nahm die Sache doch nicht so ruhig hin, sondern verlangte eine Richtigstellung. Da kam sie aber beim „Vorwärts“ schon an. Die Redaktion schickte ihr einfach das Manuskript wieder zurück mit der Bemerkung, daß die Zulassung nur aufgenommen werden könne, wenn Frau Braun „auf die ungeschickliche Polemik verzichtete“ wolle.

Mit Recht stellt nun die Dame in der von ihrem Manne herausgegebenen „Neuen Gesellschaft“ folgende Preisfrage:

„Was ist unter „sachlicher Kritik“ zu verstehen, wenn Sie, apostrophische Majestät der „Vorwärts“ sie ansetzt, und was, wenn ein ganz gewöhnlicher Parteigenosse sich unterzucht, daselbe tun zu wollen?“

Die „Genossin“ Braun kennt eben die Gepflogenheiten der Presse ihrer eigenen Partei und speziell ihres Zentralorgans nicht. Was den sozialdemokratischen Blättern nicht in den Kram paßt, wird einfach totgeschwiegen. Beschwerden über Einschränkung der Rede- und Schreibfreiheit machen keinen Eindruck. Die strengsten Maulkorbgesetze gelten in der Partei der „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“.

Zielbewußte Zielverbände sind die Sozialdemokraten Fritz Schöne und Blüthen in Rostock b. Dresden. Obgleich in dem Kommunalprogramm der Sozialdemokratie steht, daß den Mitgliedern der Gemeindevertretung keine Arbeiten oder Versicherungen übertragen werden dürfen, haben diese doch dafür gewirkt und gestimmt, daß ein Gemeinderatsmitglied einen Gemeindebau in Auftrag bekam. Ueber die anderen Offerten gingen die beiden „Zielbewußten“ glatt hinweg. Versicherungsfähige Firmen mit niedrigeren Offerten wurden bei Seite gedrückt. In der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ wird ausdrücklich anerkannt, daß es tatsächlich nur mit Hilfe der genannten beiden Sozialdemokraten möglich war, den Bau dem Gemeinderatsmitglied Hänel zu übertragen.

Die Tarifbewegung im deutschen Baugewerbe. In einem Rundschreiben an seine Verbandsvorstände hat der Deutsche Arbeiterverband für das Baugewerbe zur Beantwortung einer Reihe von Fragen aufgefordert, die sich auf die Art des Abschlusses und die Dauer der abgeschlossenen Tarifverträge, sowie auf die damit gemachten Erfahrungen beziehen. Bis Mitte August hatten 106 Verbände bzw. Gruppen ihre Antworten eingelebt, von denen 35 i. J. 1905 überhaupt keine Verträge kannten. Die Zahl hat sich indessen bis jetzt schon wieder geändert, indem einige dieser Verbände inzwischen Verträge abgeschlossen haben oder doch wenigstens deshalb in Unterhandlungen stehen. Weitere 12 Verbände berichten, daß für sie zurzeit keine Verträge bestehen, wohl aber bereits bestanden haben, die aber nicht erneuert worden sind.

Begleich des Alters der Tarifverträge ließ sich feststellen, daß vor dem Jahre 1899, wo es in Berlin zum ersten Tarifabschluß im Baugewerbe kam, herartige Verträge nur ganz vereinzelt bestanden. Aber gerade das Zustandekommen des Berliner Tarifabschlusses gab für einen fröhlichen Ausbruch der Lohnfreiheit im Baugewerbe einen neuen Ansporn. Auffallend ist, daß bis zum Jahre 1908 nicht weniger als 80 Verträge abgeschlossen sind.

Schlechte Erfahrungen mit den Tarifverträgen haben die Verbände in Brandenburg, Rottbus, Dessau, Halle a. S., Pissa und Stendal gemacht, die sich denn auch dagegen aussprechen, „weil sie die Unternehmer binden, ihnen Pflichten auferlegen, wogegen die Arbeiter keine Pflichten anerkennen wollen“. Der Verband in Gera teilt mit, daß er zwar keinen Tarif abgeschlossen, aber die Lohnfrage durch ein Protokoll nach dem Streik i. J. 1904 geregelt habe. Als die Maurer im Frühjahr 1905 ihre Vereinbarung brechen und die Lohnfrage nicht anerkennen wollten, wurde das Protokoll in der Presse veröffentlicht, wodurch die Gesellen von ihrem Vorhaben abließen.

Gute Erfahrungen habe 25 Verbände gemacht. Bei den übrigen sind die Erfahrungen zur Abgabe eines Urteils noch nicht ausreichend, teils erklärt man sich trotz mancher unangenehmer Beobachtungen dafür, usw. Im allgemeinen aber wird ausgegeben, daß die Tarifverträge an und für sich gut sind, für die Arbeitsetzer sowohl wie für die Arbeitnehmer. Werden hier und da noch Besätze gegen Verhandlungen oder gegen die Nichtigung bezogen, so werden sich diese um so eher vermindern, je weiteren Umfang die Tarifbewegung annimmt.

Zwei krasse Fälle von sozialdemokratischem Terrorismus weiß das „Berl. Tagebl.“ aus Hannover zu melden. Dasselbst arbeiteten bei einem Zimmermeister M. einige christlich organisierte Zimmerleute. Als diese dem Drängen der Zielbewußten, dem sozialdemokratischen Zentralverbande beizutreten, nicht nachgaben, legten die „Genossen“ am 4. Oktober die Arbeit nieder. Da die Arbeit sehr eilig war, sah der Unternehmer sich gezwungen, die verletzten Ar-

beiter zu entlassen. Ein ganz ähnlicher Vorgang spielte sich auf dem Neubau des Zentralvereins G. ab, wo am 1. Oktober neun kommunistisch organisierte Maurer die Arbeit einstellen, weil ihre Arbeitsorganisierte sich weigerten, zu ihnen überzutreten. Auch hier gab bewauerliche Worte der Unternehmer nach, da er den Bau nicht still liegen lassen wollte.

Was eine lässige Zeitung für Opfer verlangt, das zeigt von neuem das Schicksal der von dem bekannten französischen Sozialisten Jaurès begründeten und herausgegebenen „Humanité“. Dieses Blatt steht sich jetzt nach 2½jährigem Bestehen gewungen, sein Erscheinen einzustellen, obgleich — wie Jaurès am Kopfe des Blattes mitteilt — selbst in dem stillen, parlamentslosen Zeit nach alle Tage 30 000 Exemplare auf den Straßen verkauft wurden und 3600 feste Abonnenten vorhanden waren. Gleichwohl betrug das monatliche Defizit nicht weniger als 13 000 Francs.

Eine lebhafteste Bewegung zur Erlangung besserer Arbeitsverhältnisse macht sich in letzter Zeit unter den Bühnenarbeitern bemerkbar. Bald hier, bald dort treten sie mit Forderungen an die Direktoren heran, und wo diese nicht genügend Entgegenkommen zeigen, wird auch, wie kürzlich in Budapest, vor einem Streik nicht zurückgeschreckt. Um derartige, gerade für Theaterdirektoren recht unliebsame Vorläufe zu vermeiden, ist in Wien ein Schiedsgericht für Lohnstreitigkeiten der Theaterarbeiter durch ein gemeinsames Abkommen der Direktoren und Arbeiter ins Leben gerufen worden. Die Arbeiter haben bereits ihre Vertrauensmänner gewählt, die in gemeinschaftlicher Sitzung mit den Direktoren zum Obmann des Schiedsgerichts einen Statthalterbeamten ernannt.

Gewerkevereins-Teil.

§ Dresden. Der Ausbreitungsvorband im Königreich Sachsen sagte in seiner letzten erweiterten Vorstandssitzung den Beschluß, das Organ des sächsischen Ausbreitungsvorbandes unter dem Titel „Sächsischer Gewerkevereinszeitung“ in etwas größerem Umfang als bisher erscheinen zu lassen. (Verpflichtung: Weberstraße 28.) Ferner veranlaßt der Landesverband auf Kosten und durch gültige Vermittlung der hiesigen Schiedsinstanz einen sozialen Kursus, der in der nächsten Zeit des Jahres vom 27. Dezember 1906 bis 6. Januar 1907 in Dresden abgehalten wird. Näheres hierüber soll später veröffentlicht werden. Auch der Heimarbeitervertrag trat man näher. Es wurde der Vorstand beauftragt, den Plan einer Heimarbeiterversicherung für Sachsen weiter zu verfolgen. Mit der Errichtung des Vertrauensstellen für Heimarbeiterversicherung soll in nächster Zeit begonnen werden. Endlich fand auch die Reichstagsabergwahl in Döbeln zur Debatte. Man beschloß, an die aufgestellten Kandidaten schriftlich gewisse Fragen zu richten, um ihre Stellung zum Reichstagswahlrecht, zur Zollabschaffung und gewissen sozialpolitischen Forderungen, wie Redefähigkeit der Berufsvereine, Aufnahme von § 153 der Gewerbeordnung, Verhandlungswang der Arbeitsstreitigkeiten usw. in Erfahrung zu bringen.

§ Jüterburg. Der Ortsverband hatte am Sonnabend, 22. September, für den von Jüterburg stehenden (Verfahre) Kassentritt im Lokal eine öffentliche Versammlung veranstaltet, wozu die Mitglieder vollständig erschienen waren. Nachdem durch den Vorsitzenden die Versammlung eröffnet war, hielt der Ortsverbandsvorstand Gieseler eine Ansprache, in welcher er einen Rückblick auf die Tätigkeit des Scheidenden für die Gewerkevereinsfrage tat. Richtig ist, daß die Verhandlungen gewesen, bei welchen A. durch Wort und Schrift und als Redakteur für die Gewerkevereinsfrage eingetreten. Ihm ist ein großer Teil des Erfolges zu verdanken, welchen die Gewerkevereinsfrage in zwei Jahren des Scheidenden doch trotz seiner beschränkten Zeit sowie das Vertrauensstellenamt verdien und zwar in einer Weise, die allezeitige Anerkennung gefunden. Mit dem Wunsch, daß auch sein neuer Wirksamkeit ein freudiger Erfolg über ihn und ihm Wohlergehen bringen möge, schloß der Redner. Der Vorsitzende Barschall überreichte nun dem Scheidenden ein hübsches Stammbuch, welches die Widmung „Ihren huldreicheren Verehrten G. 2. Kasten die Gewerkevereinszeitung, den 22. 9. 06“ trug. Der Scheidende dankte für die treuherzigen Worte. Gieseler und Kuchmüller erwiderten ihm, denn in den 7½ Jahren seiner Tätigkeit als Verfahrener des von ihm geleiteten Blattes sei er mit allen Geschichtswissenschaften in Verbindung gekommen, aber immer habe er sich in den Reihen der Gewerkevereinsfrage, jener Organisation, welche auf bürgerlicher Schiedsinstanz aufzubauen in wohl befinden. Er werde niemals aufhören, für das Wohlergehen und Wachstum der Gewerkevereinsfrage einzutreten und er werde sich auf dem Wege sein, wenn es für die Gewerkevereinsfrage zu kämpfen gilt. Zum Schluß dankte er für alle Liebe, die ihm zuteil geworden und schloß mit einem Hoch auf die Deutschen Gewerkevereinsfrage. Der D. B. der Maschinenbauer sprach durch den Vorsitzenden Zimmerer noch besonders für das wirksame Eintreten für die Gewerkevereinsfrage den Dank des Ortsvereins aus. Ferner sagten der D. B. der Schuhmacher durch den Vorsitzenden Dietrich, der D. B. der Tischler durch seinen Vorsitzenden Franz Walzer, der D. B. der Schneider durch seinen Kassierer Passardel dem Scheidenden Dank. Mitglieder Wischewski lobte auf die Familie des Scheidenden. Allgemeine Gesänge, Beiträge u. bildeten die Festlichkeiten bis zu vorgerückter Stunde fröhlich beizutreten.

§ Eisenberg. Einen hübschen Artikel bringt das sozialdemokratische „Norddeutsche Volksblatt“ in seiner

Die englischen Gewerkschaften und die Sozialdemokratie.

Die politische Grundanschauung der englischen Gewerkschaften ist liberal. Die Gewerkschaften selbst haben sich keiner Partei verpflichtet. Die großen Erfolge der englischen Arbeiter im Parlament beruhen allein auf der politischen Unabhängigkeit ihrer Organisation. Weder politischen Richtung die maßgebenden Männer Englands auch angehört, mit den Gewerkschaften möchte es keiner von ihnen werden. Die kleine Gruppe der Sozialisten sucht aber überall zu unterminieren und möchte es gern erreichen, daß die englischen Arbeiter sich losagen von ihrer liberalen Grundanschauung und Sozialdemokraten werden.

Nun hat in voriger Woche in Cardiff der Delegiertentag des Gewerkschafts der Eisenbahner mit 37 gegen 22 Stimmen beschlossen, sich auf die Seite der Sozialdemokraten infolieren zu stellen, als in Zukunft bei den Parlamentswahlen nur noch die von der Arbeiterpartei aufgestellten Kandidaten gewählt werden sollen. Auf dem Delegiertentag der Bergarbeiter wurde der gleiche Versuch gemacht, dort aber mit einer Mehrheit von 10 000 Stimmen abgewiesen. Bei den Eisenbahnern wirkt der Hinweis, daß es möglich sein werde, den Gesellschaften ohne Schwierigkeit 140 Millionen Mark jährlich mehr als bisher an Gehältern und Löhnen abzugewinnen. Die Eisenbahner waren einseitig genug zu glauben, daß die Sozialisten ihnen zu ihrem wohlverdienten Anteil am Ringewinn der Eisenbahnen verhelfen könnten.

Zunächst hat der Beschluß aber nur die Wirkung gehabt, daß die Eisenbahner einen so starken Kursfall erlitten, daß sie auf den bisher tiefsten Stand herabgingen.

Der erfolgreiche Führer der Eisenbahner, der liberale Abgeordnete Bell, erklärte, von seinem Standpunkte nicht abzulassen, und bestritt entschieden, daß der Beschluß den Anschauungen auch nur einer erheblichen Minderheit unter den Eisenbahnern entspreche. Um diese festzustellen, verlangte er eine Urabstimmung. Alle Mitglieder sollten befragt werden, wie sie sich zu diesem plötzlichen Stimmungswechsel fühlten. Die Delegierten wußten, daß Bell recht hatte, und lehnten daher diese Mitgliederabstimmung ab. Die Stellung Bells aber wurde respektiert, ihn selbst will man nicht zwingen, in die Fraktion der Arbeiterpartei einzutreten.

Die englischen Arbeiter können keine größere Dummheit begehen, als wenn sie sich durch die Sozialdemokratie unzeitig machen lassen, und etwas anderes bedeutet der Einbruch der Sozialdemokraten in die Gewerkschaftsbewegung nicht. Die Gewerkschaften werden niemals in ihrer Mehrheit dem sozialdemokratischen Banner folgen. Die nicht ausbleibende Verbeugung der Arbeiter untereinander kann aber die gefährliche Folge haben, daß die englischen Arbeiter den Unternehmern und auch der Gesetzgebung gegenüber ebenso ohnmächtig werden, wie es die deutschen Arbeiter durch die von der Sozialdemokratie herbeigeführte Zersplitterung tatsächlich sind.

In einem an das „S. L.“ gerichteten Brief aus London wird ganz mit Recht darauf hingewiesen, daß die Stärke der englischen Gewerkschaften gerade darin besteht, daß sie keiner Partei angehöre und nur die Arbeiterinteressen verfolgten. Von dem Augenblicke, wo sie diesen Standpunkt verlassen, und dem Verlangen entsprechen, in corpore einer politischen Partei anzugehören, welcher Art sie auch sein möge, sei die Arbeiterschaft zur Machtlosigkeit verdammt. Die Gewerkschaften zersplitterten sich und verlieren alle Vorteile, die sie als parteilos besaßen hätten.

Die englischen Arbeiter sind aber keine Wollkuckuckheimler, sondern praktische Politiker. Ein Spatz in der Hand ist ihnen lieber als 10 Tauben auf dem Dache.

Wir müssen daher dem Beschluß des Delegiertentages der Eisenbahner nicht die Bedeutung bei, die ihm in der deutschen Tagespresse beigemessen wird.

Eine Wirkung hat der Beschluß der Eisenbahner allerdings bereits gehabt. Aber keine gute. Die Liberalen Englands wollen bekanntlich das sogenannte Oberhaus abschaffen. Der Beschluß der Eisenbahner gibt jetzt den Konserwativen Wasser auf ihre Mühle. Die haben nun eine „revolutionäre Gefahr“, auf die sie hinweisen können, um darzutun, daß das Oberhaus erhalten werden müsse. Nach einem englischen Brief der „Woffischen Zeitung“ reiben sich die Konserwativen vor Vergnügen die Hände. Vertreter der englischen Aristokratie erblickten in dem „Schreden vor den Sozialisten“ einen willkommenen Befund zur Rettung des bedrohten Oberhauses, das sie, wie Lord Lansdowne in seiner Rede zu Perth, als einzige Stütze der Ordnung hinstellen. Die Sozialdemokratie kann eben nichts anderes sein als ein Schrittmacher der Reaktion.

Hilfe für Arbeitslose.

Der erste internationale Kongreß zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, welcher in den ersten Oktobertagen in Mailand tagte, verhandelte sich nach einer sehr ausgiebigen, zum Teil mit Erbitterung geführten Diskussion auf folgender, mit großer Mehrheit angenommenen Resolution:

In Erwägung, daß die Aufgabe des Kongresses vor allem darin lag, die geeigneten Mittel zur Abschaffung der Arbeitslosigkeit, sondern nur zu ihrer Verminderung zu suchen, beschließt der Kongreß, sich jeder Äußerung über die Frage der ersten Ursachen der Arbeitslosigkeit zu enthalten.

Der Kongreß erklärt, daß sowohl vom moralischen als vom materiellen Standpunkte aus der wichtigste Faktor für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in der Entwicklung der Arbeiterorganisationen liegt in bezug auf die Befreiung des Arbeitstages, des Lohnes, der Arbeitsverträge, der besseren Verteilung der Arbeit im Innern der Gruppen und der Entwicklung aller Formen der Arbeitsgenossenschaft, und daß eine zweite Reihe von Maßnahmen darin besteht, durch wirksame Pression auf politischen Gebiete das Eingreifen des Staates und der lokalen Körperschaften zu provozieren.

Der Kongreß spricht den Wunsch aus, daß dieses Eingreifen in folgender Weise erfolge:

1. Durch eine gezielte staatliche Aufnahme des Staates der Arbeit und der Arbeitslosigkeit in den verschiedenen Industrien.

2. Durch Gründung unentgeltlicher öffentlicher Arbeitsnachweise für Arbeiter und Unternehmer in all jenen Industrien, in denen der Arbeitsnachweis noch nicht direkt von den Kontraktanten organisiert ist, und durch Organisation des internationalen Arbeitsnachweises.

3. Durch Einführung der obligatorischen oder fakultativen Versicherung, deren Kosten gemeinsam vom Staat, Unternehmern und Arbeitern zu tragen ist.

4. Durch Erleichterung des Kreditis für die Arbeiter, besonders für die Kollektivpauschung von Grund und Boden.

5. Durch Unterstützung der Arbeiterkassen für Arbeitslose von Seiten des Staates, der Provinzen und der Gemeinden.

Mit Ausnahme der Nr. 3 kann man auch vom Standpunkte der Gewerkschaften mit der Mailänder Beschlusfassung einverstanden sein. Die Nr. 3 fordert, wenn auch in etwas verfeinerter Form die staatliche Arbeitslosenunterstützung, für die wir Gewerkschaften und nicht erklären können. Von dieser Forderung hätte konsequenterweise auch der Kongreß absehen sollen, nachdem er vorher, was wir mit Dank anerkennen, die Bedeutung der Arbeiterberufsvereine für die Ordnung der gesamten Arbeitsverhältnisse gehührend betont hatte.

Arbeiterführer der verschiedensten Länder und Richtungen nahmen an dem Kongreß teil. Die deutschen Arbeiterorganisationen waren nicht durch eigene Delegierte vertreten. Den französischen Führer der Buchdrucker, Christifried Krueger-Paris, der allerdings kein Sozialdemokrat ist, macht der Bericht des „Vorwärts“ zum Professor.

Aus Deutschland nahmen u. a. Prof. Franke, Dr. Richard Freund und Professor Combart an dem Kongreß teil.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, 12. Oktober 1906.

Die „Metallarbeiter-Zeitung“ und andere sozialdemokratische Blätter veröffentlichen eine Sensation über „Hirsch-Dunderische Taktik“. In der „Magdeburger Volksstimme“ geschieht dies unter dem Titel: „Der Rekord der Gauerrei“. Ingrunde liegt ein Rundschreiben, das Erlenz-Düsseldorf an einige führende Kollegen der Organisation geschickt hat. Weder der Generalrat des Gewerkschafts der Maschinenbau- und Metallarbeiter, noch der Zentralrat haben dieses Schriftstück irgend einer Beratung gewürdigt. Einzelne der Empfänger aber sollen dem Verfasser die Antwort nicht schuldig geblieben sein.

Der Generalrat der Maschinenbauer hat seine Stellung gegen jene „Taktik“ in Sachen der Metallarbeiter-Absperrungen dieses Frühjahr in einer Erklärung der gesamten Presse mitgeteilt. Davon nehmen auch die sozialdemokratischen Blätter Notiz.

Die Gewerkschaftsleitung sieht nach wie vor auf dem Boden dieser Erklärung und richtet ihre Taktik nicht nach den Vorschlägen von solchen Mitgliedern, die überall mitgetragen wollen, sondern nach eigener vorsichtiger und gewissenhafter Erwägung.

Es ist ganz selbstverständlich, daß hierbei immer das Interesse der gesamten Arbeiterschaft die Grundlage für das Verhalten der Gewerkschaftsleitung allein bildet. Die Gewerkschaften haben also mit dem sensationellen Rundschreiben gar nichts zu tun. Das Rundschreiben ist nichts als die Ansicht eines Einzelnen, der sich der Gewerkschaftsleitung gegenüber in einer unverantwortlichen Stellung befindet.

Zentralrat. In der gestrigen Sitzung des Zentralrats wurde die durch den Tod des Kollegen Klason frei gewordene Stelle eines Verbandssekretärs für die Vertretung der Unfallverletzten und Invaliden vor dem Reichs-Versicherungsamt neu besetzt. Ge-

melbet hatten sich 14 Kollegen aus allen Teilen Deutschlands. Dem Zentralrat wurden sämtliche Bewerbungen mitgeteilt. Zur engeren Wahl gestellt waren 3 der Bewerber: Bleicher-Burgburg, Erlenz-Düsseldorf, Lewin-Berlin. Von den 38 abgegebenen Stimmen entfielen auf die Kollegen Lewin 31, Erlenz 5 und Bleicher 3. Der Gewählte ist seit 1894 Gewerkschaftler und steht im Alter von 37 Jahren. Seit vielen Jahren leitet er in Berlin den Distriktsklub mit gutem Erfolge. Einem größeren Kreis von Gewerkschaftlern auch außerhalb Berlins ist Lewin näher gekommen durch die Redaktion des „Korrespondenzblattes“. Die gesamte Organisation wird diese Entscheidung des Zentralrats gewiß mit lebhafter Freude begrüßen, da die Verbandsleitung in Lewin einen sehr tüchtigen Kollegen gewonnen hat.

Wir bitten, sich in Unfall- und Invalidensachen von jetzt ab an den Kollegen Leonor Lewin, Berlin NO. 55, Straßwalderstr. 231/23, wenden zu wollen.

Die Siebenerkommission hat gemäß ihren früheren Beschlüssen am Donnerstag dem Bergbauhilfsverein und den einzelnen Bergverwaltungen folgende Forderungen überreicht:

1. Daß die Löhne aller unter und über Tage auf den zugehörigen Werken beschäftigten Arbeiter durchschnittlich um mindestens 15 pCt. erhöht werden, gegenüber dem Stand der Löhne in den letzten drei Monaten, und daß die Löhne im Verlaufe einer besseren Regelung insoweit erlauben, als nach erfolgter 15prozentiger Löhnerhöhung nicht mehr so tief unter dem Durchschnittsstand der Löhne vorstehen, als es bisher der Fall war. — 2. Daß die vielfach bestehende Sperre zwischen den betreffenden Werken beziehungsweise Kernen aufgehoben wird, damit auch für die im Bergbau tätigen Arbeiter die durch das Sperren entzogene Beschäftigung endlich wieder gänzlich hergestellt und garantiert wird.

Eine offizielle Antwort auf diese Forderungen ist noch nicht erfolgt.

Arbeiterbewegung. Die unsere Leser aus dem amtlichen Teil ersehen, wird in „Roths Erde“ der Kampf fortgesetzt. — Auf den Deutschen Stahlwerken in Ober-Schönweide sind die Former wegen Lohnreduktionen in den Ausland getreten. — In der Fingergerei von Kurling & Thomas in Berlin streiken seit Montag die Kernmacher. — Wegen Verweigerung von Überstunden sind in der Autabteilung von Siemens & Halske in Berlin 142 Arbeiter ausgesperrt worden. — Der etwa 1000 Mitglieder zählende Messerschleiferverein in Solingen, der in gemeinsamer Sitzung mit dem Fabrikantenverein ein neues Preisverhältnis vereinbart hatte, das einen Preisaufschlag von 10 pCt. gewährte, hat bei 23 Firmen in Solingen, Weid, Ohligs und Hühlscheid den Streik erklärt, weil sie das neue Preisverhältnis nicht anerkannt haben. — Am Mittwoch sind in Offenbach 350 Metallschleifer in den Ausstand getreten, denen am Sonntagabend, wenn nicht noch in letzter Stunde eine Einigung erfolgt, weitere 2000 Arbeiter der Metallverarbeitungsbranche folgen werden. — Die Berliner Gold- und Silberarbeiter wollen in eine Bewegung einreten, um neben der neunhündigen Arbeitszeit eine 15prozentige Lohnreduktion, die Freisetzung eines Mindestlohnes und einen Überstundenzuschlag von 25—50 pCt. durchzusetzen. — Der länger als ein Vierteljahr dauernde Streik der Kupferhämmergesellschaften in Nordhausen ist durch Vergleichsverhandlungen beendet worden. Die Arbeiter erzielten einen Tarif, der ihnen auf zwei Jahre eine Aufbesserung der Löhne für Werkstatt- und Montagearbeit gewährte. — Die Berliner Werkzeugmacher der Spezialbetriebe sind ihrem früheren Beschluß gemäß am Donnerstag überall da, wo ihre Forderungen nicht bewilligt worden sind, in den Streik getreten. — Der Hafnarbeiterstreik in Mannheim ist noch nicht erledigt, sondern hat durch den Anstich der Expeditionskutter noch an Ausdehnung gewonnen. — Auf der See „Franziska Tiefbau“ bei Witten ist wegen Ablehnung einer Lohnreduktion am Mittwoch eine Anzahl Schlepper und Pserdbetreiber in den Ausstand getreten, nachdem schon am Sonntagabend wegen mehrerer Leute die Arbeit niedergelegt hatten. — Bei der Firma Barnik in Berlin haben sämtliche Steinschleifer die Kündigung eingewidmet wegen Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. — Die Zettellebender in Berlin haben ihren Streik verloren, da es der Firma Raue u. Hartmann gelang, genügend Ersatzkräfte heranzuholen. — Die in der Fruchtbrennerei beschäftigten Arbeiter in Hamburg lehnten einen von den Unternehmern zur Unterschrift vorgelegten Tarifvertrag ab und hielten sich vor, weitere Beschlüsse zu fassen. — In Kassel und Umgegend streikten über eine Woche die Flößer, um allgemeinen bessere Arbeitsverhältnisse zu erringen. Trotz heftigen Widerstandes der Unternehmer ist es ihnen geglückt, ihre Forderungen durchzusetzen. — Seit 6 Wochen sitzen im oberen Erzgebirge die Barrenmacher im Streik. Jüngst eine Wendung im Kampfe ist noch nicht zu verzeichnen. — In Danzig sind am Montag die Tischler in den Ausstand getreten. Sie verlangen